

Pressemitteilung



Nr. 60/16 vom 03.11.2016

Sperrfrist: keine

Anzahl der Anschläge: 4.413

Abrufbar unter: www.gdw.de

GdW drängt bei Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel auf Zweiklang aus Bauen und Betreuen

Berlin – „Bei der Unterbringung der Geflüchteten ist in kurzer Zeit unglaublich viel erreicht worden. Aber jetzt braucht Deutschland einen starken Zweiklang aus Bauen und Betreuen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich des heutigen Austausches im Bundeskanzleramt über die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland. „Damit alle Menschen in unserem Land langfristig bezahlbaren Wohnraum in lebenswerten Quartieren finden, müssen Integrationsmaßnahmen gestärkt und gleichzeitig die Voraussetzungen für qualitätvollen, schnellen, kostengünstigen Wohnungsbau geschaffen werden.“

„Luft nach oben gibt es insbesondere beim Wohnungsbau, er muss auf die Überholspur. Die Wohnungswirtschaft hat deshalb einen [Masterplan](#) für die Novellierung des Baugesetzbuches vorgelegt“, so Gedaschko. Die Baugesetzbuch-Novelle muss ermöglichen, dass deutlich mehr und deutlich schneller Bauland in den Wachstumsregionen zur Verfügung gestellt wird. Fehlende Flächen sind derzeit die größte Baubremse. Der aktuelle Referentenentwurf sieht unter anderem vor, eine neue Baugebietskategorie – die sogenannten „Urbanen Gebiete“ – einzuführen. Diese werden allerdings nur sinnvoll sein, wenn sie einen überwiegenden Wohnanteil zulassen. Diese Forderung wird von einer großen Mehrheit der rund 450 Gremienmitglieder des GdW in einer detaillierten Umfrage bestätigt (weitere Ergebnisse s. unten).

Zudem muss die steuerliche Normalabschreibung (AfA) von zwei auf drei Prozent erhöht werden. In den Gebieten, in denen die neue Mietpreisbremse gelten soll, sollten die Abschreibungssätze auf vier Prozent erhöht, alternativ ein Investitionszuschuss eingeführt werden. Bei der sozialen Wohnraumförderung müssen die Länder nach 2019 auch tatsächlich der von ihnen übernommenen Verantwortung nachkommen – im Klartext: die Mittel auch wirklich auf den Markt bringen.

Umfrage zeigt: Großes Engagement der Wohnungsunternehmen bei der Integration, aber Rahmenbedingungen müssen weiter verbessert werden

Eine detaillierte Umfrage unter den Gremienmitgliedern des GdW zeigt, dass sich die Voraussetzungen für die Unterbringung von Flüchtlingen im Wohnungsbestand im Verlauf des vergangenen halben Jahres insgesamt etwas verbessert haben. Dieser Aussage stimmten 28 Prozent der befragten Wohnungsunternehmen zu, bei einer Befragung im Jahr 2015 lag der Wert noch bei lediglich 9 Prozent. Allerdings herrscht gleichzeitig noch großer Verbesserungsbedarf: 34 Prozent der Wohnungsunternehmen stimmten der Aussage nicht zu, dass sich die Unterbringungs-Voraussetzungen verbessert hätten.

Die Wohnungsunternehmen engagieren sich stark bei der Integration von Zuwanderern – mit einer Vielzahl von Aktivitäten, die weit über das eigentliche Geschäft der Wohnungsvermietung hinausgehen: So bieten 45 Prozent der Befragten Integrationsangebote in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen an. 24 Prozent bieten interkulturelle Fortbildungen für Mitarbeiter, 13 Prozent sozialrechtliche Beratung für Flüchtlinge und 10 Prozent Sprachkurse für anerkannte Flüchtlinge. 70 Prozent der befragten Gremienmitglieder geben an, dass sie über eine vereinbarte Strategie zur Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen verfügen oder sich zumindest in der Entscheidungsphase dazu befinden. „Diese Dienstleistungen müssen allerdings auch finanziert werden. Umso wichtiger wäre es deshalb, dass die Wohnungsunternehmen für ihre verantwortungsvolle Integrationsarbeit Zuschüsse im Rahmen eines bundesweiten Integrationsprogramms ab-

rechnen könnten und sie zugleich auch als Träger der Jugendhilfe anerkannt würden“, so der GdW-Chef.

50 Um die Integration erfolgreich zu gestalten, arbeiten Wohnungsunternehmen sehr umfangreich und überwiegend gut mit verschiedensten gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zusammenarbeiten. So berichten 45 Prozent der befragten Unternehmen von sehr guten oder guten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Initiativen und Vereinen. Bei der Zusammenarbeit mit Kommunalverwaltungen fallen die Ergebnisse differenzierter aus: Während 44 Prozent der Befragten über sehr gute oder gute Erfahrungen mit der jeweiligen Kommunal- oder Kreisverwaltung berichten, beurteilen 17 Prozent die Zusammenarbeit nur als ausreichend oder sogar mangelhaft. Dies zeigt einmal mehr, wie sich die Integrationsarbeit vor Ort unterscheidet.

Eine ausführliche Stellungnahme des GdW zum Bundeskanzleramt-Gespräch finden Sie [hier](#).

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.